

Rede Haushalt 2018

**Stadtrat Grünstadt
am 27. Februar 2018**

Redezeit: ca. 9 Minuten

Verfasser/in: Christoph Spies

Gliederung:

Inhalt

1. Begrüßung und Einleitung	2
2. Verwaltung vs. Rat	2
3. Schwimmbad	6
4. Regenrückhaltebecken Asselheim	8
5. Abschluss und Fazit	9

Es gilt das gesprochene Wort.

1. Begrüßung und Einleitung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die umfangreiche Arbeit.

2. Verwaltung vs. Rat

Sie führen im Vorwort der Haushaltsplanung aus, dass eine nachhaltige Priorisierung von Aufgaben erforderlich ist und der Verlauf der Projekte maßgeblich abhängig von den politischen Vorgaben im Hinblick auf die Vielzahl der anstehenden Projekte ist. Die kommunale Selbstverwaltung hat sich wohl oder übel auch nach den finanziellen Gegebenheiten zu orientieren (Seite 23 - römisch).

Ich finde diesen Satz sehr bemerkenswert. Der Abgleich der Bau-
maßnahmen an finanziellen Möglichkeiten als ein „wohl oder übel“
zu bezeichnen, können wir beim besten Willen nicht nachvollziehen.
Wir leben nicht im Paradies und müssen im Sinne unserer Bürgerin-
nen und Bürger auf eine angemessene finanzielle Belastung der
Stadt Grünstadt auch für die zukünftigen Generationen achten. Dies
ist kein Übel, Herr Bürgermeister, sondern Verantwortung!

Nur welche Schritte werden den von Ihnen unternommen, um dieser Verantwortung gerecht zu werden?

In der letzten Ratssitzung wurde uns in einem Nebensatz mitgeteilt, dass die Projektliste im engeren Kreis der Verwaltung besprochen wird und die einzelnen Umsetzungsschritte dann erst in den Stadtrat zur Entscheidung weitergeleitet werden. Ist es bei einem derartigen Handeln verwunderlich, dass ein offener Meinungs austausch über die einzelnen Baumaßnahmen erfolgt, die Baumaßnahmen an sich in Frage gestellt werden und die Umsetzung nicht von allen Stadträten mitgetragen werden kann? Da eine angemessene strategische und vorausschauende Planung nicht erfolgt!

Verstehen sie mich bitte nicht falsch, ich begrüße ausdrücklich eine offene und auch manchmal kontroverse Diskussion über Baumaßnahmen und die einzelnen Fragstellungen, welche sich hieraus ergeben. Das ist Demokratie, es ist gut und bringt unsere Stadt weiter, wenn verschiedene Positionen im Stadtrat zu Einzelfragen besprochen und teilweise lebhaft diskutiert werden.

Als positives Beispiel kann man hier den Parkplatz vor der „Alten Lateinschule“ nennen. Der Stadtrat war sich über die Durchführung des Projekts Frühzeit einig und konnte durch Denkanstöße aus dem Rat, welche bei diesem Projekt im größeren Umfang durch Sie –

Herr Dr. Herrmann – gekommen sind, verbessert werden. Jedoch was wäre passiert, wenn wir uns bei diesem Projekt über die grundsätzliche Durchführung nicht einig gewesen wären?

Die Folgen sehen sie alle beim Wohnmobilstellplatz Gerberplatz in Asselheim. Und das Projekt – sollte es noch kommen – hat Verzögerungen, da für dieses Jahr keine ausreichenden investiven Mittel eingeplant sind.

Diese zeitliche Verzögerungen und Mehrbelastungen für unsere Mitarbeiter der Verwaltung wären nicht notwendig, wenn die gewählten Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrates endlich – die SPD Fraktion hat es bereits mehrfach gefordert – sich mit den Projekten der nächsten Jahre angemessen befassen könnten.

Die finanzielle Planung sollte im Wesentlichen auf der Grundlage der vorab bestimmten Investitionsschwerpunkte künftiger Jahre erfolgen. Hierzu benötigen diese eine demokratische Legitimation zur weiteren Ausgestaltung und nicht lediglich eine Abstimmung im „Kernteam“ der Verwaltung. Wobei wir gerne wüssten, wie sich das sog. Kernteam zusammensetzt.

Eine politische Entscheidung, ob der Vorschlag der Liste eine Mehrheit im Stadtrat findet, ist bis heute unterblieben. Eine nicht abgestimmte Liste als Grundlage für die Haushaltsplanung zu verwenden,

stellt somit nur die Meinung der Verwaltungsspitze und nicht des Stadtrates dar. Eine nicht abgestimmte Prioritätenliste als Grundlage für die Haushaltsplanung 2018 zu verwenden, ist eine nicht hinnehmbare Nichtachtung des Stadtrates und damit der Bürgerinnen und Bürger, die den Stadtrat gewählt haben.

3. Schwimmbad

Dass die Verluste des CabaLelas bei weiten nicht den Versprechungen, welche bei der Entscheidungsfindung – Bürgerentscheid - abgegeben wurden, entsprechen, ist uns allen bewusst. Wir sprechen nun über eine Verlustsumme, welche deutlich über einer Million Euro liegt.

Auf Seite 470 des Haushaltes – Anlage Wirtschaftsplan der Stadtwerke Seite 5 – finden sich jedoch überraschende Aussagen. „Die Ermittlung der Umsatzerlöse für das CabaLela stützt sich auf das im Stadtrat vom 30.08.2016 beschlossene Tarifgefüge“. Leider geht man nicht darauf ein, wie dieses zustande gekommen ist. Leider versäumen Sie es einzugestehen, dass das System von der Beratungsfirma, welche sicher nicht sehr günstig war, umfassend vorgegeben wurde.

Ebenfalls handelt es sich bei dieser Verlustberechnung um ein sehr ambitioniertes Ziel, welches gem. Erachtens der Fachleute der Stadtwerke nur unter Mithilfe aller Beteiligten sowie auch der politischen Verantwortlichen erreichbar ist.

Ihre Darstellung wirft sehr viele Fragen auf. Die SPD-Fraktion hatte seinerzeit eine sechsseitige Stellungnahme zu dem damaligen Vorschlag der Verwaltung und des DSBG eingebracht. Die Stellungnahme wurde nicht berücksichtigt. In der Rheinpfalz – Unterhaardter Rundschau vom 01. September 2016 kann man nachlesen, „man habe das in der Kürze der Zeit nicht dezidiert durchgehen können“.

Uns wurde von der Verwaltungsspitze ein Gespräch vor der damaligen Entscheidung in Aussicht gestellt. Gem. der Aussage gegenüber der Rheinpfalz vom 27. August 2016 wollte man damit einen Konsens erzielen. Leider haben wir bis zum heutigen Tag kein Gesprächsangebot erhalten.

Nun soll die SPD-Fraktion ein Tarifsysteem vertreten, welches über unsere Köpfe hinweg entschieden wurde?

Die Verwaltungsspitze wollte sich am Ergebnis messen lassen – Rheinpfalz vom 13. Juli 2016. Nicht die SPD-Fraktion hat diese Messlatte aufgestellt.

Wir sind gerne bereit, tatkräftig zu helfen, dass die Schwimmbadverluste für die finanzielle Mittel der Stadt vertretbar werden, jedoch müsste hierzu erst einmal ein Konsens über den Tarif hergestellt werden und nicht in Kampf Abstimmungen, die Meinung der Gutachter „durchgedrückt“ werden. Wenn alle mithelfen sollen – und dazu sind wir grundsätzlich gerne bereit – müssen alle auch eingebunden sein.

Wir sind gespannt, ob uns das Gespräch noch angeboten wird und ob es überhaupt noch möglich ist, eine gemeinsame Lösung zu entwickeln. Wahrscheinlich können wir uns nur noch um die Symptome des Tarifsystems kümmern – nicht mehr um die „Krankheit“.

4. Regenrückhaltebecken Asselheim

Gemäß Aussage der Verwaltungsspitze gegenüber der Unterhaardter Rundschau vom 12. Mai **2016** „Hochwasserschutz für den Auweg“ sollten die „Gremien darüber beraten. Das soll noch im Laufe dieses Jahres geschehen.“ Trotz der damaligen Zusage der Verwaltung, finden sich keine investive Mittel im Haushalt 2018.

Die SPD-Fraktion beantragt zum Schutz der Bevölkerung von Asselheim die Aufnahme dieser Maßnahme in den Investitionsplan und bittet die Fachleute der Verwaltung, welche sich bereits über zwei Jahre mit diesem Projekt beschäftigen, Vorschläge über die benötigten Mittel zu unterbreiten und das Projekt, wie bereits in der Vergangenheit zugesagt, mit Nachdruck voranzutreiben und umzusetzen.

Dieser Antrag kommt ihnen allen wahrscheinlich bekannt vor. Wir hatten ihn bereits 2017 gestellt und es fand sich keine Mehrheit. Was die Folgen sind, sehen sie alle im Haushalt 2018. Erneut finden sich keine investiven Mittel für diese Pflichtaufgabe Hochwasserschutz.

Ich bitte Sie alle – im Sinn der Asselheimer Bürgerinnen und Bürger – umzudenken und endlich unsere Pflichtaufgaben zum Schutz vor Naturgewalten mit Nachdruck in Angriff zu nehmen. Es wird endlich Zeit oder muss erst ein Schaden eintreten? Die vergangenen Schäden in unserer Region sollten uns Mahnung und Ansporn sein, tätig zu werden.

5. Abschluss und Fazit

Der Haushalt 2018 verfehlt das Ziel „Erhalt und Schutz des Vermögens unserer Stadt“. Er stellt erneut nicht die Weichen für die Zukunft. Die SPD-Fraktion kann Entscheidungen der Verwaltungsspitze und der bürgerlich-liberalen Koalition nicht mitvertreten, ohne in der Entscheidung ordentlich eingebunden worden zu sein.

Aus diesem Grund kann dem Haushalt 2018 nicht zugestimmt werden. Die Satzung kann somit nur im Sinne der Bürgerinnen und Bürger abgelehnt werden.

Die SPD-Fraktion wird gegen den Haushalt stimmen.